

# Fusion von Porsche und VW

**Beitrag von „Kong Racer“ vom 26. Juli 2009 um 11:08**

Nach dem Abtritt Wendelin Wiedeking steuert Porsche einer ungewissen Zukunft entgegen. Während die Sieger über ihre Anteile streiten, kommen neue Zahlen zur Höhe des Schuldenbergs ans Tageslicht.

Unklar ist bislang auch noch, welche Folgen sich aus dem umstrittenen VW-Gesetz für den Standort Stuttgart ergeben. Die finanzielle Lage des Porsche-Konzerns soll einem bislang unbestätigten Medienbericht zufolge dramatischer sein als bisher bekannt. Porsche sprach zuletzt von einer Verschuldung in Höhe von neun bis zehn Milliarden Euro. Doch bei der Marathonsitzung in der Nacht zum Donnerstag sollen nun andere Zahlen auf den Tisch gekommen sein. Das zumindest berichtet das Magazin "Focus". Demnach haben die Stuttgarter einen Schuldenberg von rund 14 Mrd. Euro angehäuft, vor allem durch den Kauf von VW-Aktien auf Pump sowie den Rückgang im Autogeschäft.

Wäre es nicht zu einer Einigung mit VW gekommen, wäre Porsche in etwa zwei Wochen zahlungsunfähig gewesen, schreibt das Magazin unter Berufung auf Sitzungsteilnehmer.

In den nächsten Tagen wollen die VW-Experten laut "Focus" anfangen, alle Bilanzen und Berichte von Porsche sorgfältig zu prüfen. Erst danach entscheidet sich, wie hoch der Kaufpreis sein wird. VW will spätestens bis Jahresende 49,9 Prozent der Porsche AG übernehmen, den Rest im nächsten Jahr.

Nach Informationen der "Leipziger Volkszeitung" werden die Eignerfamilien Porsche und Piëch im künftigen VW-Porsche-Konzern weniger Einfluss haben als bisher angenommen. Statt bei 50 Prozent werde ihr Anteil nur bei rund 40 Prozent liegen, berichtete die Zeitung unter Berufung auf Verhandlungskreise. Das Land Niedersachsen werde weiter gut 20 Prozent halten, das Emirat Katar mit bis zu 20 Prozent einsteigen. Daneben solle auch die Belegschaft mit bis zu fünf Prozent beteiligt werden. Eine entsprechende Grundlagenvereinbarung soll den Angaben zufolge noch in diesem Monat unterschriftsreif sein.

Das Branchenblatt "Automobilwoche" schreibt dagegen unter Berufung auf Porsche-Kreise, dass das Emirat Katar sich nur zu höchstens zehn Prozent an Porsche beteiligen dürfe. Das hätten die Familien Porsche und Piech bei ihrer Aufsichtsratssitzung vergangene Woche beschlossen. Den Rest der dringend nötigen Kapitalerhöhung für die hoch verschuldete Porsche

SE von fünf Milliarden Euro bringen die Familien Porsche und Piech und die Vorzugsaktionäre auf.

Der frühere Porsche-Chef Wiedeking wollte Katar mit 25 Prozent an Porsche beteiligen, was Porsche-Großaktionär Ferdinand Piech aber abgelehnt hatte. Damit hat sich Piech auch in dieser Frage durchgesetzt. "Die Familien Porsche und Piech werden an dem integrierten Automobilkonzern aus VW und Porsche die Mehrheit haben", zitiert die Zeitung mit der Angelegenheit befasste Personen. "Es war immer klar, dass Porsche sich mit Hilfe von VW, Katar und Porsche-Aktionären entschulden kann", sagte der Credit-Suisse-Analyst Arndt Ellinghorst der Automobilwoche und fügte hinzu: "Die Frage ist nur wer am Ende an wem zu wie viel Prozent beteiligt ist".

Weiter berichtet die "Automobilwoche" aus dem Umfeld von VW-Aufsichtsratschef Ferdinand Piech, er wolle im Zuge der Verschmelzung mit Porsche prüfen lassen, ob die Satzung von Volkswagen geändert werden kann. Auf diese Weise ließe sich künftig die bisher für VW-Vorstände geltende Altersgrenze von 65 Jahren in Ausnahmefällen anheben. Somit könnte Piech seinen jetzt 62jährigen Vertrauten Martin Winterkorn länger an der Vorstandsspitze halten.

Grundzüge der VW-Porsche-Fusion sollen bis zur Volkswagen-Aufsichtsratssitzung am 13. August fixiert werden. "Es ist höchste Zeit, dass Ruhe einkehrt", sagte ein Mitglied des VW-Aufsichtsrats der "Automobilwoche". "Die Streitigkeiten mit Porsche haben sehr viel Zeit, Kraft und Nerven gekostet." Konzernchef Martin Winterkorn und Finanzvorstand Hans Dieter Pötsch arbeiten demnach gemeinsam am "finalen Konzept". Beim Sportwagenhersteller führt der neue Porsche-Chef Michael Macht die Verhandlungen.

Als Nachfolger von Macht im Amt des Porsche-Produktionsvorstands wird intern Eberhard Weiblen gehandelt, derzeit Geschäftsführer des Beratungshauses Porsche Consulting.

Der Betriebsrat von Volkswagen will unterdessen einem weiteren Zeitungsbericht zufolge die Sonderrechte des Landes Niedersachsen und der Belegschaft im Unternehmen zusätzlich absichern. Betriebsratschef Bernd Osterloh sagte der "Süddeutschen Zeitung", die Regeln des VW-Gesetzes sollten im neuen Unternehmen, das zusammen mit Porsche entsteht, von allen Beteiligten in einer Grundlagenvereinbarung festgeschrieben werden. "Wir haben das VW-Gesetz immer für alle Standorte angewandt. Und das wird auch so bleiben." Insofern werde das VW-Gesetz dann auch für Porsche gelten.

Die EU-Kommission will aber laut einem Zeitungsbericht die Rechtmäßigkeit des VW-Gesetzes erneut prüfen. Der Sprecher von Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy sagte der

"Süddeutschen Zeitung", seine Behörde werde im September beraten, ob sie Deutschland wegen des Gesetzes zum zweiten Mal nach 2007 vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklage.

Die Sonderregelung war in den 60er Jahren geschaffen worden, um eine feindliche Übernahme des Konzerns auszuschließen. Sie sichert dem Land Niedersachsen ein Vetorecht in wichtigen strategischen Fragen sowie bei Standortentscheidungen.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte das Gesetz bereits 2007 für unvereinbar mit europäischem Recht erklärt, weil es den freien Kapitalverkehr einschränke. Die Bundesregierung änderte die Regelung daraufhin, ließ den Passus, wonach wichtige Beschlüsse einer Kapitalmehrheit von 80 Prozent bedürfen, aber bestehen. Damit behielt das mit 20,01 beteiligte Land Niedersachsen seine Sperrminorität.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Zusammenhang dazu aufgefordert, die auch in der Union neu aufkeimende Debatte um das VW-Gesetz sofort zu beenden. "Die CDU schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland, wenn sie Zweifel am VW-Gesetz streut", erklärte sie.

Anders äußerte sich der baden-württembergische Wirtschaftsminister Ernst Pfister. "Das VW-Gesetz muss abgeschafft werden", sagte er der "Süddeutschen Zeitung". "Es benachteiligt private Anteilseigner und schadet den Standortinteressen Baden-Württembergs. Die gebotene ordnungspolitische Neutralität des Staates ist damit eindeutig nicht gegeben." Sein Bundesland hatte sich als wichtigster Porsche-Standort vergeblich gegen die Übernahme des Konzerns durch VW gewehrt.

(Quelle: Focus/n-tv)